

# Anerkennung als Behinderter im Sinne des SGB IX

von Rechtsanwalt Dr. Peter Zimmermann

## I. Vorbemerkung

Behinderte Menschen können bei ihrer jährlichen Einkommensteuererklärung statt der Absetzbeträge für außergewöhnliche Belastungen im Sinne des § 33 Einkommensteuergesetz (EStG) <sup>1</sup> die in § 33b Abs. 3 EStG vorgesehenen Pauschbeträge geltend machen. Die Höhe dieser Pauschbeträge richtet sich nach dem Grad der Behinderung (GdB) im Sinne des § 2 und des § 69 Abs. 1 Satz 4 SGB IX <sup>2</sup> wie folgt:

**Tabelle 1 – Pauschbeträge in § 33b Abs. 3 EStG**

<b>Grad der Behinderung (GdB) i.S.d. § 2 SGB IX</b>	<b>Pauschbetrag gemäß § 33b Abs. 3 EStG</b>
von 25 und 30	310 Euro,
von 35 und 40	430 Euro,
von 45 und 50	570 Euro,
von 55 und 60	720 Euro,
von 65 und 70	890 Euro,
von 75 und 80	1.060 Euro,
von 85 und 90	1.230 Euro,
von 95 und 100	1.420 Euro.

Die nach § 77 Arzneimittelgesetz (AMG) <sup>3</sup> zuständige Bundesoberbehörde, das **Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM)** in Bonn, betreibt gemäß § 62 AMG ein **Pharmakovigilanz-System**. Es geht dabei um die Verhütung unmittelbarer oder mittelbarer Gefährdungen der Gesundheit von Mensch oder Tier durch Risiken, die bei der Anwendung von Arzneimitteln insbesondere durch ihre Nebenwirkungen bestehen. Das BfArM hat den gesetzlichen Auftrag, derartige Risiken zentral zu erfassen und auszuwerten sowie die nach dem AMG zu ergreifenden Maßnahmen zu koordinieren.

---

1) Einkommensteuergesetz (EStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.10.2009 (BGBl. I S. 3366, 3862), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3191).

2) Neuntes Buch Sozialgesetzbuch – *Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen* – (SGB IX) vom 19.06.2001 (BGBl. I S. 1046, 1047), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.03.2017 (BGBl. I S. 626), **aufgehoben und ersetzt mit Wirkung vom 01.01.2018** durch Gesetz vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3234).

3) Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz – AMG) i.d.F.d. Neubekanntmachung vom 12.12.2005 (BGBl. I S. 3394), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2016 (BGBl. I S. 3394).

Zur Durchführung seines gesetzlichen Auftrags betreibt das BfArM zusammen mit der **Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft** – Wissenschaftlicher Fachausschuss der Bundesärztekammer - (**AkdÄ**) ein deutsches **Spontanerfassungssystem** für **unwillkommene Arzneimittelwirkungen (UAW)** <sup>4</sup> als gemeinsame Datenbank von BfArM und AkdÄ. Aufgabe der AkdÄ ist insoweit die Erfassung, Dokumentation und Bewertung von UAW.

Insoweit wurden der AkdÄ etwa ab Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts tausende Fälle des Auftretens von UAW nach der Einnahme von Antibiotika aus der Gruppe der Gyrasehemmer der Gruppe der Fluorchinolone mit dem synthetischen Wirkstoff *Ciprofloxacin* gemeldet und von ihr in dem vorerwähnten Spontanerfassungssystem erfasst. <sup>5</sup>

Wegen des großen Ausmaßes der **zum Teil dauernden** Gesundheitsbeeinträchtigungen, die „*Ciprobetroffene*“ als Folge der Einnahme von „*Cipro*“ erlitten haben, erhebt sich **nicht nur** die Frage nach möglichen Schadensersatzansprüchen gegen behandelnde Ärzte und vielleicht auch gegen den oder die Pharmahersteller sowie unter Umständen sogar auch gegen die Bundesrepublik Deutschland als Träger des BfArM wegen **Amtspflichtverletzung durch Unterlassen** gebotenen gewesen rechtzeitigen aufsichtsrechtlichen Eingreifens nach dem AMG (Haftung wegen Amtspflichtverletzung nach § 839 BGB).

**Völlig unabhängig von etwaigen Schadensersatzansprüchen** gegen wen auch immer könnte ein „*Ciprobetroffener*“ nämlich auch Ansprüche nach dem deutschen Sozialrecht deswegen haben, **weil seine Gesundheit noch immer so sehr beschädigt ist**, dass sich die Frage einer möglichen Behinderung im Sinne des SGB IX ebenfalls stellt.

Die Anerkennung als Behinderter nach dem SGB IX **kann** für „*Ciprobetroffene*“ zu **materiellen und anderen Vorteilen** führen, wobei die eingangs geschilderten steuerlichen Freibeträge nach § 33b EStG durchaus nicht die einzigen möglichen Vorteile sind. Das für einen „*Ciprobetroffenen*“ Interessante ist dabei, dass es für seine mögliche Anerkennung als Behinderter **nur darauf ankommt, dass er an einer Gesundheitsbeeinträchtigung leidet**, nicht aber darauf, ob ein Dritter dafür verantwortlich und ihm deshalb schadensersatzpflichtig ist.

---

4) Fachjargon der Arzneimittelverwaltung zur Bezeichnung von Nebenwirkungen der Arzneimittel.

5) Siehe dazu näher bei: Zimmermann, „*Zum besseren Verständnis der Gyrasehemmer aus der Gruppe der Fluorchinolone und des Antibiotikums Ciprofloxacin*“ (Beitrag zur „*Ciprogruppe*“ in facebook).

Angesichts des großen Ausmaßes der Gesundheitsbeeinträchtigungen, die bei vielen „Ciprobetroffenen“ nach der Einnahme von „Cipro“ aufgetreten sind, erscheint ein näherer Blick auf das Recht der Behinderten nach dem SGB IX deshalb sinnvoll.

## II. Die Anerkennung als Behinderter im Sinne des SGB IX

Auch hier erleichtert der Blick in das Gesetz die Rechtsfindung ganz wesentlich.<sup>6</sup> Bei der Frage nach einer möglichen Anerkennung als Behinderter geht es um das SGB IX, dessen Text im Internet unter der Webadresse [https://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_9/](https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_9/) aufgerufen werden kann.

### 1. Begriff der Behinderung

Die Behinderung definiert § 2 SGB IX wie folgt:

„ ...

#### § 2 Behinderung

(1) Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind von Behinderung bedroht, wenn die Beeinträchtigung zu erwarten ist.

(2) Menschen sind im Sinne des Teils 2 schwerbehindert, wenn bei ihnen ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 vorliegt und sie ihren Wohnsitz, ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder ihre Beschäftigung auf einem Arbeitsplatz im Sinne des § 73 rechtmäßig im Geltungsbereich dieses Gesetzbuches haben.

(3) Schwerbehinderten Menschen gleichgestellt werden sollen behinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber wenigstens 30, bei denen die übrigen Voraussetzungen des Absatzes 2 vorliegen, wenn sie infolge ihrer Behinderung ohne die Gleichstellung einen geeigneten Arbeitsplatz im Sinne des § 73 nicht erlangen oder nicht behalten können (gleichgestellte behinderte Menschen).

...“

---

6) Dieser „uralte Juristenspruch“ begegnete dem Verfasser bereits zu Beginn seines Studiums in einer Anfängervorlesung zum BGB zusammen mit der wohlmeinenden Empfehlung des Professors, „täglich im Inhaltsverzeichnis und im Text des BGB zu lesen, um sich einen Überblick zu verschaffen“. Dazu wäre anzumerken, dass das am 01.01.1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) inzwischen im Jahre 2017 durch vielfältige Gesetzesänderungen nicht weniger als **2.385 einzelne Paragraphen** umfasst, wobei Einschübe durch mit Buchstaben gekennzeichnete Paragraphen wie zum Beispiel die §§ 630a bis 630h BGB zum (medizinischen) Behandlungsvertrag, nicht in die vorgenannte Gesamtzahl der Paragraphen eingerechnet sind.

Sehen wir uns das gleiche Zitat noch einmal an, jetzt allerdings **zur Vereinfachung des Verständnisses** für „*Ungeübte im Lesen von Gesetzestexten*“ **mit farbiger Hervorhebung** (*rot* und *blau*) entscheidender Passagen im Normtext der Absätze 1 bis 3:

„ ...

## § 2 Behinderung

(1) **Menschen sind behindert**, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit **mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate** von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen **und daher** ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft **beeinträchtigt** ist. Sie sind von Behinderung bedroht, wenn die Beeinträchtigung zu erwarten ist.

(2) Menschen sind im Sinne des Teils 2 **schwerbehindert**, wenn bei ihnen ein **Grad der Behinderung von wenigstens 50** vorliegt **und** sie ihren **Wohnsitz**, ihren **gewöhnlichen Aufenthalt** oder ihre **Beschäftigung auf einem Arbeitsplatz** im Sinne des § 73 **rechtmäßig** im Geltungsbereich dieses Gesetzbuches haben.

(3) **Schwerbehinderten Menschen gleichgestellt** werden **sollen** behinderte Menschen **mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber wenigstens 30**, bei denen die übrigen Voraussetzungen des Absatzes 2 vorliegen, wenn sie **infolge ihrer Behinderung ohne die Gleichstellung einen geeigneten Arbeitsplatz im Sinne des § 73 nicht erlangen oder nicht behalten** können (gleichgestellte behinderte Menschen).

... “

Der einzelne „*Ciprobetroffene*“ kann sich nunmehr selber fragen, wie das in seinem Fall mit den Gesundheitsbeeinträchtigungen aussieht, an denen er leidet und die er der Einnahme von „*Cipro*“ zuschreibt:

- Wie alt ist er ?
- An welchen Gesundheitsbeeinträchtigungen leidet er jetzt und seit wann leidet er daran ? Besteht Aussicht auf Heilung ?
- Entsprechen diese Gesundheitsbeeinträchtigungen seinem Lebensalter ? Das ist bei lebensälteren Menschen dann fraglich, wenn es sich um typische Alterserkrankungen handelt, die allerdings als Folge der Einnahme von „*Cipro*“ durchaus verstärkt sein können.
- Beeinträchtigen diese Gesundheitsbeeinträchtigungen die Teilhabe des „*Ciprobetroffenen*“ am Leben in der Gesellschaft ?

(Wie steht es mit der Arbeits- und Berufsfähigkeit ? Wie steht es mit den sozialen Kontakten ? Wie steht es mit der Mobilität ? Wie steht es mit der Ausübung von Sport oder Hobbies zum Beispiel in einem Verein ? usw.)

- Ist der „*Ciprobetroffene*“ Deutscher oder EU-Bürger ? Was ist sonst die rechtliche Grundlage seines Wohnsitzes oder ständigen Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland ?
- Wenn ein „*Ciprobetroffener*“ in der Bundesrepublik Deutschland auf einem Arbeitsplatz i.S.d. § 73 beschäftigt ist, handelt es sich dabei um eine „*rechtmäßige*“ Beschäftigung ?

- Kann der „Ciprobetroffene“ eine rechtmäßige Beschäftigung im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses i.S.d. § 73 nur deshalb nicht ausüben, weil seine Gesundheitsbeschwerden ihn daran hindern, einen solchen Arbeitsplatz zu erlangen oder einen solchen Arbeitsplatz zu behalten ?

Wegen des Begriffs „Arbeitsplatz“ im Normtext der Absätze 2 und 3 des vorstehend zitierten § 2 SGB IX kommt es auch auf den Text des § 73 SGB IX an. Die Vorschrift definiert den „Arbeitsplatz“ wie folgt:

„ ...

**§ 73 Begriff des Arbeitsplatzes**

(1) Arbeitsplätze im Sinne des Teils 2 **sind alle Stellen**, auf denen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Beamte und Beamtinnen, Richter und Richterinnen sowie Auszubildende und andere zu ihrer beruflichen Bildung Eingestellte beschäftigt werden.

(2) Als Arbeitsplätze gelten nicht die Stellen, auf denen beschäftigt werden

1. behinderte Menschen, die an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 33 Abs. 3 Nr. 3 in Betrieben oder Dienststellen teilnehmen,
2. Personen, deren Beschäftigung nicht in erster Linie ihrem Erwerbszweck dient, sondern vorwiegend durch Beweggründe karitativer oder religiöser Art bestimmt ist, und Geistliche öffentlich-rechtlicher Religionsgemeinschaften,
3. Personen, deren Beschäftigung nicht in erster Linie ihrem Erwerbszweck dient und die vorwiegend zu ihrer Heilung, Wiedereingewöhnung oder Erziehung erfolgt,
4. Personen, die an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem Dritten Buch teilnehmen,
5. Personen, die nach ständiger Übung in ihre Stellen gewählt werden,
6. (weggefallen)
7. Personen, deren Arbeits-, Dienst- oder sonstiges Beschäftigungsverhältnis wegen Wehr- oder Zivildienst, Elternzeit, unbezahltem Urlaub, wegen Bezuges einer Rente auf Zeit oder bei Altersteilzeitarbeit in der Freistellungsphase (Verblockungsmodell) ruht, solange für sie eine Vertretung eingestellt ist.

(3) Als Arbeitsplätze gelten ferner nicht Stellen, die nach der Natur der Arbeit oder nach den zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarungen nur auf die Dauer von höchstens acht Wochen besetzt sind, sowie Stellen, auf denen Beschäftigte weniger als 18 Stunden wöchentlich beschäftigt werden.

... “

Das oben „gut gemeint farblich verunstaltete“ Zitat des § 2 SGB IX lässt folgendes erkennen:

- **Behindert ist**, wessen **körperliche Funktion** oder **geistige Fähigkeit** oder **seelische Gesundheit** mit hoher Wahrscheinlichkeit von dem für sein Lebensalter typischen Zustand **länger als 6 Monate** abweicht, wenn dadurch die **Teilhabe am Leben in der Gesellschaft** beeinträchtigt ist.

**Schwerbehinderung** ist gegeben, wenn der Grad der Behinderung (GdB) mindestens 50 beträgt und der Betroffene seinen **Wohnsitz** oder seinen **gewöhnlichen Aufenthalt** oder seinen **Arbeitsplatz** rechtmäßig in Deutschland hat.

**Den Schwerbehinderten gleichgestellt** werden sollen (= nicht müssen !) solche Menschen, deren GdB weniger als 50, aber mindestens 30, beträgt, die ihren **Wohnsitz** oder **gewöhnlichen Aufenthalt** rechtmäßig in Deutschland haben und die wegen ihrer Behinderung ohne die Gleichstellung einen Arbeitsplatz nicht erlangen oder nicht behalten können.

- Für die Entscheidung über das Vorliegen einer Behinderung **kommt es nur darauf an**, dass der körperliche, geistige oder seelische Zustand des Betroffenen länger als 6 Monate von dem Zustand abweicht, der für das Lebensalter des Betroffenen typisch ist, und dass dadurch seine Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist.
- **Es kommt nicht darauf an**, weshalb die Abweichung von dem für das Lebensalter typischen Zustand eingetreten ist.
- **Es kommt ebenfalls nicht darauf an**, ob der Behinderte wegen seiner Behinderung Schadensersatzansprüche gegen wen auch immer hat.

### **Das bedeutet folgendes:**

„*Ciprobetroffene*“ können ihre Anerkennung als Behinderte oder sogar als Schwerbehinderte auch dann beantragen, wenn die von ihnen wegen Schadensersatzansprüchen gegen behandelnde Ärzte oder gegen Pharmahersteller oder sogar gegen die Bundesrepublik Deutschland als Träger des BfArM eingeleiteten Verfahren bis hin zu entsprechenden Schadensersatzklagen vor einem LG erfolglos geblieben sind, weil die entsprechende Klage von dem angerufenen LG rechtskräftig abgewiesen wurde.

„*Ciprobetroffene*“ können ihre Anerkennung als Behinderte oder als Schwerbehinderte natürlich auch dann beantragen, wenn sie gleichzeitig erfolgreich Schadensersatzansprüche gegen wen auch immer deswegen geltend machen oder gemacht haben, der für ihren Gesundheitszustand verantwortlich ist.

**Ob und wann** ein Ciprobetroffener seine Anerkennung als Behinderter oder als Schwerbehinderter beantragt, ist letztlich eine **Frage der Zweckmäßigkeit**. Aus der Sicht des Verfassers ist es zweckmäßig, das entsprechende **Verfahren früh einzuleiten und parallel zu den Verfahren wegen des Schadensersatzes zu führen**. Eine erfolgreich durchgesetzte Anerkennung als Schwerbehinderter lässt sich u.a. in den Verfahren wegen des Schadensersatzes „*eindrucksvoll*“ als zusätzliches

Argument verwenden. Außerdem benötigt auch das Verfahren wegen der Anerkennung als Schwerbehinderter genauso Zeit, wie die anderen Verfahren der Krankenkasse nach § 66 SGB V bzw. der Gutachterkommissionen für ärztliche Behandlungsfehler der Ärztekammern und schließlich auch das zivilrechtliche Klageverfahren vor einem Landgericht.

Es bietet sich an, **die für alle diese Verfahren benötigte „Zeit des Wartens auf eine Entscheidung“** dadurch „*wenigstens ansatzweise sinnvoll*“ zu nutzen, dass in weiteren möglichen anderen Verfahren wie zum Beispiel in dem Verfahren zur Anerkennung als Behinderter oder Schwerbehinderter „*parallel zur gleichen Zeit gewartet wird*“. Das erscheint jedenfalls dann vorteilhaft, wenn durch gleichzeitige Einleitung mehrerer Verfahren vermieden werden kann, dass jeweils längere Wartezeiten in diesen Verfahren „*nacheinander abgewartet*“ werden müssen.

## 2. Grad der Behinderung (GdB)

Nach § 69 Abs. 1 Satz 4 SGB IX werden die Auswirkungen auf die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft im Sinne des § 2 Abs. 1 SGB IX als *Grad der Behinderung* (GdB) nach Zehnergraden abgestuft festgestellt. Dies berücksichtigt die eingangs in der Tabelle 1 dargestellte Regelung pauschalierter Absetzbeträge nach § 33b EStG nicht; diese steuerlichen Absetzbeträge sind nach Fünfergraden abgestuft. Vermutlich wurde bei der Vorbereitung des § 69 Abs. 1 Satz 4 SGB IX vergessen, die steuerliche Vorschrift des § 33b EStG entsprechend anzupassen oder zu „*harmonisieren*“.

Für die Feststellung der einzelnen Grade der Behinderung gelten nach § 69 Abs. 1 Satz 5 SGB IX die Maßstäbe des § 30 Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) <sup>7</sup> und der aufgrund des § 30 Abs. 17 BVG erlassenen Rechtsverordnung entsprechend. Es handelt sich bei dieser Verordnung um die **Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV)** <sup>8</sup>. Sie regelt die Grundsätze für die medizinische Bewertung von

---

7) Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz - BVG) i.d.F.d. Bekanntmachung vom 22.01.1982 (BGBl. I S. 21), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3234). Der aktuell gültige Text dieses Gesetzes kann im Internet unter der Webadresse <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bvg/gesamt.pdf> aufgerufen werden.

8) Verordnung zur Durchführung des § 1 Abs. 1 und 3, des § 30 Abs. 1 und des § 35 Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes (Versorgungsmedizin-Verordnung - VersMedV) vom 10.12.2008 (BGBl. I S. 2412), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3234). Der aktuell gültige Text dieser Verordnung kann unter der Webadresse

Schädigungsfolgen und die Feststellung des Grades der Schädigungsfolgen im Sinne des § 30 Abs. 1 BVG. Diese Grundsätze sind gemäß § 2 VersMedV in der Anlage zu dieser Verordnung als „Versorgungsmedizinische Grundsätze“ und als Bestandteil der VersMedV festgelegt.

Die sehr umfänglichen „Versorgungsmedizinischen Grundsätze“ in der Anlage zur VersMedV sind wie folgt in Hauptteile gegliedert:

**Tabelle 2 – Gliederung der Anlage zur VersMedV**

Hauptteil	Thema	Bemerkungen
<b>A</b>	Allgemeine Grundsätze	Textliche Anweisungen zur Anwendung der Anlage.
<b>B</b>	GdS-Tabelle	Nach Körperregionen und -funktionen sowie nach dem jeweiligen Ausmaß der Beeinträchtigung gegliederte Anweisungen zur Feststellung von GdB und GdS in Tabellenform.
<b>C</b>	Begutachtung im Sozialen Entschädigungsrecht	Textliche Anweisungen zur Durchführung von Begutachtungen.
<b>D</b>	Merkzeichen	Merkzeichen für Gehörlose, auf ständige Begleitung Angewiesene und in ihrer Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr stark Eingeschränkte.

Nach § 69 Abs. 1 Satz 6 SGB IX ist eine Feststellung nur zu treffen, wenn ein Grad der Behinderung von wenigstens 20 vorliegt.

### 3. Verfahren und Möglichkeiten für Leistungen an Behinderte

Zum Verfahren und zu Möglichkeiten für Leistungen an Behinderte siehe die entsprechende kostenlos als pdf-Datei herunterladbare Informationsbrochüre des zuständigen Landesministeriums NRW unter der Webadresse

<https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/mais/ratgeber-fuer-schwerbehinderte-informationen-zu-antragsverfahren-und-hilfen/754> .

<https://www.gesetze-im-internet.de/versmedv/BJNR241200008.html> im Internet eingesehen und heruntergeladen werden.